

# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7¼ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Postzuschlag 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstraße Nr. 34, 4½ Sgr. Inzerate die Seite 3 Sgr.

Das erste Vierteljahr des Bestehens unseres Blattes geht zu Ende, und die andauernde Steigerung der Zahl unserer Abonnenten giebt uns die erfreuliche Zuversicht, den Beifall unserer Leser gefunden zu haben. Wir hoffen uns diesen Beifall durch die unveränderte Haltung unseres Blattes auch fernhin zu erhalten. Wir ersuchen unsere Abonnenten, die Erneuerung ihrer Abonnements bei den betreffenden Postanstalten möglichst zeitig zu bewirken, damit sie das Blatt ohne Unterbrechung regelmäßig erhalten. Gleichzeitig ersuchen wir unsere Leser durch größtmögliche Verbreitung unseres Blattes unserem Unternehmen ihre Unterstützung zuzusenden zu lassen.

Die Redaktion der Verfassung.

### Die Salzsteuerung und ihre Folgen. \*)

Preußen dürfte wohl mit Recht als das salzreichste Land Europa's anzusehen sein. Zu dem unerhöplichen Salzwerke von Stassfurt ist neuerdings das bei Erfurt hinzugegetreten. Mit einem der hier 1856 begonnenen Schächte erreichte man am 13. Juli 1863 das oberste Steinialzager. Allmählig durchteufte man drei Salzlager, das oberste 4 Fuß, das zweite 60 Fuß, das dritte 23 Fuß mächtig! Die drei Lager werden durch 5½ und 7½ Fuß mächtige Schichten von Anhydrit (wasserfreier, schwefelsaurer Kalk) geschieden. Die beiden oberen Schichten sind unrein und von Anhydrit durchzogen, das dritte Lager aber ist von großer Reinheit. Es wurden davon 1863 schon 76,267 Ctr. gefördert. Der Mangel ist nur, daß es an geeigneter Verwendung fehlt und daß man sich daher, wie es in dem halb-offiziellen Handelsarchiv heißt: „in der Hauptsache auf Gewinnung der Salzquantitäten beschränkte, die an die Salinen Königsborn und Dürrenberg abzugeben sind.“ — „Eine bedeutende Quantität Stassfurter Steinialz“,

sagt das Handelsarchiv, „geht von Schönebeck elbaumwärts nach Böhmen zur Verwendung in Sodafabriken. In neuester Zeit hat sich ein nicht unbedeutender Absatz von Stassfurter Steinialz über Hamburg nach Holland gefunden; auch sind Verbindungen mit Fabrikanten angeknüpft, welche vielleicht zu einem Export nach England führen.“ Diese Verbindungen müssen bereits Erfolg gehabt haben, denn in dem Jahresbericht des Veltstein-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft pro 1863 heißt es ausdrücklich: „das Stassfurter Steinialz, welches zum Export die Tonne für 3 Sgr. 9½ Pf. verkauft wird, ist in Newcastle on Tyne für die dortigen Sodafabriken ein billigeres Rohmaterial, als für die Fabrikanten in Berlin.“ Das ist ein trauriger Zustand, den ausländischen Fabrikanten verkauft der Staat das Salz für 3 Sgr. 9½ Pf. die Tonne, während er die Inländer zwingt ihm für dieselbe Menge 13 Sgr. 3 Pf. zu zahlen.

Nebst dem scheinen nach diesem Berichte die inländischen Sodafabriken noch ganz vorzugsweise begünstigt zu sein, da nach der Zirkularverfügung des Finanzministers vom 14. August 1860 die begünstigten Gewerbe für die Tonne Salz 4 Thlr. zu zahlen haben. Die nicht begünstigten Gewerbe, wie z. B. Töpfer, Konditoren, Fleischpöfelungsanstalten, Metallarbeiter u. s. w. müssen den vollen Preis von 12 Thlr. entrichten.

Der Staat liefert also den ausländischen Gewerbetreibenden den Rohstoff zu ihrem Gewerbebetrieb so billig, daß sie im Stande sind, seinen eignen Bürgern mit Erfolg den Verdienst abzuschneiden.

Auch die Landwirtschaft leidet schwer unter den theuren Salzpreisen. Das läßt sich am besten aus der geringen Menge des in Preußen für landwirtschaftliche Zwecke verwendeten Salzes ersehen. Im Ganzen werden 64,184 Tonnen Salz jährlich bei diesem Gewerbe verbraucht. Der wieweilste Theil hiervon in Gestalt von Düngersalz aufgewendet wird, ist uns nicht bekannt, er ist jedoch nicht sehr erheblich, wir wollen ihn deshalb unberücksichtigt lassen und annehmen, daß die ganze Menge an das Vieh verfüttert wird. Vergleichen wir nun diesen Verbrauch an Viehsalz mit dem, welcher in

\*) Es liegt dieser Ausführung die herrliche Schrift über das Salzmonopol sowie einige Aufsätze desselben Verfassers in der Bergezeitung zum Grunde.

England flathfindet. Dort erhält auf gut bewirthschafteten Pachtungen

ein Pferd	11 Etb. tägl.	= 125 <sup>1</sup> / <sub>20</sub> Pfd. jährl.
" Ochſ	11 " "	= 125 <sup>1</sup> / <sub>20</sub> " "
" Milchkuh	8 " "	= 91 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> " "
" Kalb über 6 Monat	1 1/2 " "	= 17 <sup>1</sup> / <sub>20</sub> " "
" Kalb über 1 Jahr	5 " "	= 57 " "
" Schaf	1 " "	= 11 <sup>1</sup> / <sub>25</sub> " "
" Schwein	1 " "	= 11 <sup>1</sup> / <sub>25</sub> " "
" Ziege	1 " "	= 11 <sup>1</sup> / <sub>25</sub> " "

In der Schweiz füttert man eben ſo viel und noch mehr Salz, eine Milchkuh erhält dort z. B. täglich 9 Etb. Salz, obſchon man das Salz großentheils von auswärtig einführen muß.

In ſämmtlichen Provinzen Preußens werden gehalten:

Pferde Ochſen und Kühe	Kälber über 6 Monat	Schafe
2,696,899	803,222	381 7412
1,675,160	755,629	3,361,053
		1,470,987
Schweine über 6 Monat	Ziegen	Maulthiere
		17,414,432
		61

Wenn dieſer Viehhand in gleichem Maße wie in England mit der unentbehrlichen Salznahrung verſehen werden ſollte, ſo müßten jährlich anſtatt 64,184 Tonnen, deren 2,232,378 verbraucht werden. Dann würde die Verwaltung der Salzwerke nicht in Verlegenheit ſein, wohin ſie mit dem Salze ſolle und die unermeßlichen Salzſchätze der Salzwerke Erurt und Staßfurt würden nicht zum größten Theil im Schooß der Erde unausgebeutet liegen bleiben, ſondern im Inlande Abſatz genug finden. Freilich, ſo lange der Staat von ſeinen eigenen Bürgern 4 Thlr. für die Tonne Viehſalz nimmt, iſt daran nicht zu denken.

Aber nicht allein dem Vieh, ſich ſelbſt muß das preußiſche Volk das zur Erhaltung der Geſundheit ſo nothwendige Salz am Munde abſparen, weil der Staat den Preis deſſelben ſo hoch hält.

Im Durchſchnitt der Jahre 1860, 1861 und 1862 wurden in Preußen an Koch- und Steinſalz zu vollen Preiſen, alſo zu 12 Thlr. 736,592 Tonnen verbraucht. Das macht auf den Kopf 15<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Pfd. Verſüßigt man nun, daß eine große Anzahl von Gewerbetreibenden zur Anfertigung ihrer Waaren, wie z. B. Töpfer zur Herſtellung der Glasur, Häutebändler zum Einſalzen der Felle u. ſ. w. Salz zum vollen Preise verwenden müſſen, daß ferner für Futter, Käſe, Salz- und Rauchſeiſch, die in's Ausland geführt werden, gleichfalls Salz zu vollen Preiſen verbraucht wird, ſo werden am Speiſeſalz wohl noch nicht voll 15 Pfd., oder rund gerechnet, 1/10 Tonne auf den Kopf der Bevölkerung kommen, wofür der Staat ſich 14 Sgr. 4 Pf. bezahlen läßt, während ihm dieſes Salz noch nicht 2 Sgr. koſtet. Er nimmt alſo mehr als 400 pCt. Ruhen.

Wir haben geſehen, daß in Folge des Salzmonopols das Ausland zum Schaden des inländiſchen Gewerbes begünstigt, die Landwirthſchaft an dem ſo nothwendigen Salzzuſatz zum Viehfutter behindert, die Einwohner gezwungen werden, ein nothwendiges Lebensbedürfniß mit

mehr als 400 Prozent ſeines eigentlichen Preiſes zu kaufen! — Niemand hat Vortheil von dem Monopol als der Staat. Was iſt denn aber der Zweck deſſelben? Doch einzig die Beförderung des Wohlſes ſeiner Bürger. Wo dieſer Zweck durch eine Staatseinrichtung ſo ganz auffallend in ſein Gegentheil umgekehrt wird, wie bei dem Salzmonopol, da iſt es geboten, die beſſernde Hand an dieſelbe zu legen.

Wenn die Reaktionsäre fürlich dem Miniſterium empfohlen haben, in unſerem Lande ein inneres Duppel aufzuführen, worunter ſie wahrſcheinlich einen Sturm auf das beſtehende Recht und die Verfaſſung meinen, ſo rufen wir ihm zu: ſtürmt die Schanzen des Salzmonopols, welche dem Wohlſtande unſeres Volkes unüberſteigliche Schranken ziehen. Der Name des Staatsmannes, welcher das Salzmonopol abſchafft, wird einſt in der Geſchichte, neben dem Namen Stein's, als der eines Wohlthäters des preußiſchen Volkes genannt werden.

### Politische Wochenſchau.

Preußen. Das Jahr 1864 hat ſein Ende erreicht, und mit dem 31. December dieſes Jahres ſchließt das dritte Jahr, in welchem die Regierung in Preußen ohne ein verfaſſungsmäßig zu Stande gekommenes Staatshaushaltsgesetz geführt worden iſt. Die vortrefſlichen Einrichtungen unſeres Staates, welche auf den von Stein und Hardenberg geſchaffenen Grundlagen ruhen, haben dieſe ſchwere Zeit, in welcher das höchſte Geſetz deſſelben, in welcher die Verfaſſung in einem ihrer weſentlichen Theile nicht zur Ausführung kam, ohne einen äußerlich bemerkbaren Schaden vorübergehen laſſen. Wenn in dieſer ſchweren Zeit der preußiſche Staat die ihm inwohnende Lebenskraft, ſelbſt durch einen glücklich geführten auswärtigen Krieg bewahrt hat, ſo haben wir dieſe den militäriſchen Einrichtungen, welche ſchon einmal, vor mehr als fünfzig Jahren, ſich ſo glänzend bewährt haben, zu danken; das Wehrſyſtem von 1813, durch welches das preußiſche Heer zu einem wahrhaften Volkshero umgeſtaltet wurde, hat ſich im Jahre 1864 auf das trefflichſte bewährt. Mit ſolchen Betrachtungen, welche in erfreulicher Weiſe den geſunden Kern des preußiſchen Volkes erkennen laſſen und aus welchen wir die beſten Hoffnungen für die Zukunft ſchöpfen können, dürfen wir das Jahr 1864 ſchließen und getrost dem Jahre 1865 in's Antlitz ſchauen, hoffend, daß es uns eine erfreuliche Lösung des Konfliktes bringen möge, daß in ihm das verfaſſungsmäßige Recht wieder zur Geltung kommen werde. Daß es ſo ſein möge, das iſt der Wunſch, welchen wir unſern Leſern zum neuen Jahre zukuhen.

Die beiden Träger von uns gemeldeten Neuwahlen zu Dr. Eylau und zu Mörs, wo die Kandidaten der konſervativen Partei geſiegt haben, und zu welchen in den letzten Tagen noch die Wiederwahl des konſervativen Abgeordneten Sahn in Ratibor gekommen iſt, haben der konſervativen Partei Veranlaſſung zu großem Triumphgeſchrei gegeben, alſo ob jetzt der gewünſchte Umſchwung im Lande beigelegt iſt, und alſo ob es nun in der Hand der Regierung läge, durch Auflöſung des Abgeordneten Hauſes und durch Neuwahlen ſich eine Kammer zu verſchaffen, in der ſie die Majorität habe. Wir geſehen, daß wir die konſervative Partei weder um den Sieg in Dr. Eylau noch in Mörs beneiden. Die Wahl in erſterer Stadt iſt durch einen unvertennbaren Irrthum in erſter Linie nicht zur Entſcheidung gelangt, und ſpäter durch

das Voss zu Gunsten der Konservativen entschieden worden, und der Wahlsieg in Posen ist das Resultat der Verbindung mit einer Partei, welche den Schwerpunkt ihrer Interessen nicht in Preußen, sondern in Rom sucht. Das übrige die Regierung die Ansichten vom Umsturz in der Bevölkerung, welche gewisse konservative Organe so zuversichtlich aussprechen, nicht thut, dafür haben wir den besten und unumstößlichen Beweis in dem Umstand, daß sie die Kammer nicht auflöst, sondern es verzögert, die alten Abgeordneten noch einmal zusammen zu berufen, obgleich sie mit Sicherheit voraussehen kann, daß sie keine Mehrheit erlangen wird.

Am 23. December ist endlich das Urtheil im Polenproceß gesprochen worden, und wenn auch nicht, wie so vielfach gehofft wurde, eine vollständige Freisprechung erfolgt ist, so ist doch das Urtheil derart, daß in demselben nach anderer Ansicht eine schärfere Kritik der ganzen Anklage liegt, als sie in den trefflichen Reden der Verteidiger enthalten war. Die Staatsanwaltschaft hatte vier Todesurtheile und weit über vierhundert Jahre Zuchthausstrafe nebst einer gleichen Dauer der Polizeiaufsicht u. s. f. beantragt, und dem gegenüber sprach der Staatsgerichtshof im Ganzen dreißig Jahre und einige Monate Einschließung aus. Rechnet man die Untersuchungszeit, in der sämtliche Angeklagte gehalten wurden, zusammen, so erhält man mehr als zweihundert Jahre; und dem gegenüber nur eine Verurtheilung von zusammen dreißig Jahre, d. h. also nicht funfzehn pCt. der Untersuchungszeit! Wir müssen es Justizlen überlassen, später das Urtheil seinem Wortlaut und seiner ganzen Begründung nach einer Kritik zu unterziehen, wir theilen hier nur diese Zahlenverhältnisse mit, welche nach unserer Ansicht laut und vernünftig sprechen, und welche die Forderung wiederholen, welche Levald in einer seiner Reden gestellt hat: Man gestatte dem Angeklagten auch schon während der Voruntersuchung die Hilfe eines Verteidigers.

In Breslau ist an Stelle des Abgeordneten Pfäfers, welcher sein Mandat niedergelegt hat, neben dem Fabrikanten Scheller von einer Theile der Wahlmänner der Graf Eward Reichenbach, im Jahre 1848 Mitglied der preussischen National-Versammlung, als Kandidat aufgestellt worden.

Die in Rügenwalde erfolgte Wahl des Rathsherrn und Aemlers Riensberg zum unbesoldeten Beigeordneten ist nicht bestätigt worden; ebenso ist der zum unbesoldeten Rathsherrn in Schlawe gewählte Mühlenbesitzer Fr. Dennis nicht bestätigt worden. Der in Gumbinnen zum Mitglied der Schuldeputation gewählte Bauereibesitzer Schimmel-pfennig hat die Bestätigung seitens der Regierung nicht erhalten. Die in Bollsteden gewählten Stadträthe Bock und Gehn jun. sollen gleichfalls nicht bestätigt sein.

Der Kreisrichter Morsbach in Görtz ist im Wege des Disziplinarverfahrens entlassen worden. Der Gymnasial-director Nizze in Straßburg ist ohne sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden. Er hatte nach den letzten Wahlen einen Verweis von dem Provinzial-Schulkollegium in Zettin erhalten.

Der Rechtsanwält Schulz in Remel hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt. Wie wir früher mitgetheilt, haben Königsberger und Weßauer Rechtsanwält diese Schritt auf Veranlassung des Justizministers gethan.

Der Abgeordnete Parrisius (Brandenburg) hat die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst erhalten. Er ist zweiter Geschäftsinhaber bei der deutschen Genossenschaftsbank geworden.

**Hessen-Kassel.** Die Lage der Dinge ist unverändert, die Stände werden aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Tagen die Verlegung der Minister in den Anklagestand beantragen.

**Raßau.** Die Wahlen sind zu Gunsten der Fortschrittspartei ausgefallen. Die Regierung hat zwei Zeitungen, die Hessische Landeszeitung und das Raßaunische Bürgerblatt verboten.

**Baden.** Das Ministerium des Innern hat in Betreff des Verhaltens der Schulbehörde und Lehrer den kaiserlich ertheilten, die kirchliche Leitung der religiösen Erziehung und Bildung in den Volksschulen betreffenden Anordnungen des erzbischöflichen Ordinariats gegenüber einen Erlaß an den Ober-Schulrath gerichtet, in welchem die sämtlichen Lehrer an den katholischen Volksschulen angewiesen werden, etwaigen Anordnungen der kirchlichen Behörden, sofern sie von den bestehenden Vorschriften und Einrichtungen abweichen und irgendwie in die allgemeine Schulordnung eingreifen, von sich aus keine Folge zu geben, dieselben vielmehr auf dem geordneten Dienstweg ihrer vorgesetzten Behörde, den oberen Schulbehörden, und beziehungsweise dem Orts-Schulrath vorzulegen, welche ihnen die entsprechenden Beisungen ertheilen werden. (Braun)

### Überglaube unter den Vornehmen.

In deutschen Staaten und auch in Preußen wird für den Volksunterricht mehr gethan, als in sehr vielen anderen Ländern, und wenn es auch wahr ist, daß immer noch viel, sehr viel zu wenig dafür geschieht, so dürfen wir zu unserer Freude behaupten, daß wohl nirgends in der Welt unter denjenigen Klassen der Bevölkerung, die von der sauren Arbeit ihrer Hände leben müssen, so viel Kenntniß, so viel Einsicht und Verstand und eine so rechtshaffene, tüchtige Gefinnung herrscht, als gerade in unserem Vaterlande. Aber wir können darum doch denen nicht Unrecht geben, die da behaupten, daß unter diesen Klassen auch bei uns noch viel zu viel Unwissenheit und Überglaube anzutreffen ist, und daß es daher unter heiligste Pflicht ist, diesen Uebeln mit allen unseren Kräften entgegenzuwirken.

Indeß giebt es auch unter den anderen Klassen der Bevölkerung und selbst unter denen, die man wohl ohne weiteres Bestimmen als die „Gebildeten“ zu bezeichnen pflegt, gar viele Leute, die von wirklicher Bildung und wirklicher Einsicht auch keine Spur besitzen. Manche von ihnen sind in dem, was jeder vernünftige Mensch gelernt haben sollte, ebenso unwissend und im Grunde ihrer Seele eben so abergläubisch, wie die ärmste Magd, die von ihren Eltern niemals in eine Schule geschickt ist. Um das zu wissen, braucht man mit solchen Leuten nicht einmal verkehrt zu haben: man darf nur die Zeitungen lesen, die eigends für eine gewisse Klasse von vornehmen Herren und Damen geschrieben sind. Da ist z. B. die Kreuzzeitung. Die erschießt noch an diesem letzten 14. December die bekannte Weisheit wieder, daß man bis zur Revolution von 1789 Leute, die einen Kropf hatten, zu den Königen von Frankreich zu bringen pflegte, und daß diese dann ihren Finger an den Hals der Kranken legten. Man glaubte, daß durch die Berührung des Königs der Kropf geheilt würde. Das war, sagt die Kreuzzeitung, durchaus kein dummes Überglaube, sondern ein höchst loblicher Brauch, bei welchem das tiefe Gefühl der „königlichen Würde und Pflicht“ sich so recht wirksam erweisen hat.

Gewiß, wenn die Kreuzzeitung für Leute geschrieben wäre, die ihre Bildung in einer, versteht sich guten, Ver- oder

Elementarschule empfangen haben, so würde sie sich wohl hüten, solches Zeug zu schwagen. Aber ihren feinen Herren und Damen kann sie von so „starkem Tabak“ schon eine ganz gehörige Prise geben, ehe die auch nur das Gesicht zum Niesen reizten.

### Die Vertretung der Landgemeinden auf den Provinzial-Landtagen.

Die Landgemeinden in den östlichen Provinzen sind hinter den anderen Ständen und hinter den bäuerlichen Besitzern in der Rheinprovinz und in Westfalen nicht bios in den Gemeinde- und Kreisordnungen zurückgesetzt. Die konjerativen Herren haben durch die Wiederherstellung der alten Provinzial-Landtage ihnen noch eine weitere Zurücksetzung angebracht lassen. In den westlichen Provinzen haben Ritterschaft, Städte und Landgemeinden jede gleich viel Stimmen auf dem Provinzial-Landtage, nämlich in Westfalen je 20 und in Rheinlande je 25. Dagegen haben in den Provinzen Preußen, Sachsen und Schlesien die Ritterschaft 47, 30 und 36, die Landgemeinden aber nur 22, 13 und 16, also lange noch nicht halb so viel Stimmen, während die Städte doch 28, 24 und 30 haben. Viel schlimmer steht es noch in dem „angestammten“ Brandenburg und in dem „getreuen“ Pommern, und eben so in Posen. Denn in diesen Provinzen hat die Ritterschaft mehr Stimmen, als die beiden anderen Stände zusammengenommen und sogar dreimal und noch mehr als dreimal so viel wie die Landgemeinden. Sie hat nämlich 36, 25 und 26, die Städte haben 23, 16 und 16, und die Landgemeinden gar nur 12, 8 und 8 Stimmen. Und dabei heißt es doch im vierten Artikel unserer beschworenen Verfassung, daß in unserem Staate keine Standesvorrechte stattfinden, und daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind.

### Spreehsaal.

Herr Redakteur! Die verheerliche Redaktion hat in Nr. 6 der „Verfassung“ meine Schrift: „das Salzmonopol“ den Lesern empfohlen, leider aber ist die kleine Anstalt gar nicht in den Buchhandel gelangt und wöllia perarrirt.

Meine Absicht durch Vertheilung der ganzen Auflage an Abgeordnete, Volkswürthe u. s. eine gründliche Besprechung, nach Anleitung meiner Schrift, der nach allen Richtungen hin schädlichen Wirkungen dieses Monopols in den gelehrtesten Tagesblättern, auf dem Volkswirthschaftlichen Kongress und in anderen Vereinen angeregt, ist bis jetzt nicht, oder doch nur sehr unvollkommen, erreicht worden, was um so auffälliger ist, als der Gegenstand doch vor vielen anderen der ernstesten Aufmerksamkeit würdig scheint.

Wer kann es heute noch leugnen, daß sich im Kreise der arbeitenden Klassen eine Bewegung kund giebt, welche Zeugniß dafür giebt, daß die Gesezgebung es schon zu lange verabsäumt hat, auch nur den billigen Forderungen dieser Klasse gerecht zu werden. Niemand kann die Uebel verkennen, welche daraus entspringen müssen, wenn das Mißbehagen eines so großen und nützlichen Theiles der Bevölkerung durch eine reaktionäre oder konträr-liberale Demagogie geschürt wird, um politische Partei-Kapital aus demselben zu schlagen. Ein vornehmer Agnoriren ist hier eben so wenig das Richtige, als ein Verneinen und Abweisen aller Forderungen, die immerhin nicht richtig gestellt sein mögen; es gilt hier, durch positive Leistungen jenem Stande zu beweisen, daß man auf richtigem Wege die Lage dieser Klassen zu bessern ernstlich entschlossen sei. Die noch bestehende, wohl nicht immer ohne Mißtrauen

oder Eingenacht auferlegte Schranke für das Affoziationsrecht und -wesen, meistens besetzt; die Gewerbfreiheit und volle durch nichts beschränkte Freizügigkeit müssen zur Wahrheit werden; das politische Wahlrecht durch Einführung der gemeinen Abstammung, gegen Verfolgungen, Zudringlichkeiten, Nachregelungen u. s. sicher gestellt werden u.

Doch doch allein wird dem Arbeiterstande materiell nicht wirksam genug unter die Arme gegriffen. Mir scheint vor allen Dingen nöthig die Reform des Steuerwesens mit allem Ernst und aller Entschiedenheit zu fordern.

Wenn die Demagogie den Arbeitern vorzieht, daß ihnen nur gehoben werden könne, wenn der Staat, den sie ja selbst mit bilden, zu einer großen Verfolgungsanstalt für die Gaullen, Arbeitslosen, Lüderlichen, Ungelückten u. s. wie für solche, die Handel und Gewerbe für ihren „Stand“ unpaffend halten, gemacht werden müsse, damit alle diese durch den Mangel und Gewerh der Andern, welche die Staatskasse füllen, gegen Noth und Elend geschützt werden, so wird zwar kein Mensch, der Herr seiner fünf Sinne ist, darin eine Grundlage der Wohlthat für die bürgerliche Gesellschaft erkennen, aber nichts desto weniger haben solche Vorpiegelungen für die, welche auf eine Weise gebildet sind, daß sie an Nachketen, aber nicht an eigenem Nachdenken gewöhnt worden sind, doch viel Verlockendes, wie die kommunistischen Bewegungen alter und neuerer Zeit lehren.

Der Staat ist zwar nicht eine solche Verfolgungsanstalt, aber er hat die heilige Pflicht, die Steuern, welche er zu seiner Erhaltung unumgänglich bedarf, nach der Steuerkraft und Gerechtigkeit zu vertheilen und solche Steuern zu besetzen, welche die Produktion der ersten, unentbehrlichen Lebensmittel verkümmern, dieselben vertheuern und die Entwicklung der wichtigsten und naturwüchsigsten Gewerbe hemmen, ja zum Theil unmöglich machen. Ich glaube in meiner angeführten Schrift ausdrücklich nachgewiesen zu haben, daß es in Preußen und dem übrigen Deutschland keine in allen diesen Beziehungen unbilligere und gemeinshädlichere Steuer giebt, als das Salzmonopol, dessen Bruttoertrag in Preußen jetzt die ungeheure Summe von jährlich 9,130,000 Thlr. im Durchschnitt erreicht, wovon allein 8,824,000 Thlr. auf das Speisesalz kommen! — Ich glaube überzeugend dargestellt zu haben, daß zur Ausbringung der letzteren Summe der Arme, die arbeitende Klasse, nicht nach dem Prinzip der Gerechtigkeit herangezogen werde, und von dem Monopol um so härter betroffen werde, als das unverhältnißmäßig theurer gemachte Salz alle Zweige der Landwirtschaft, die Produktion der wichtigsten Lebensmittel, darnieder hält.

Ich habe mich in meiner Schrift: „das Salzmonopol“, zunächst an die Abgeordneten, meine Kollegen, gewendet, aber kann natürlich nur wünschen, daß die Schrift auch von Anderen gründlich geprüft werde. S. G. Refk.

### Briefkasten.

Herrn H. P. in P. Ihren Brief mit der Einlage haben wir an die Postbehörde zur Abhülfe gesandt.

### Der Verein der Liberalen

für den Stolper Wahlbezirk hält seine Generalversammlung am Sonnabend, den 7. Januar 1865, Nachm. 5 Uhr im Schützenhause zu Lauenburg ab, zu welcher alle Mitglieder und Gemüthsangehörigen ergebend eingeladen werden.

Tagesordnung: 1) Wahl des Vorstandes pro 1865. 2) Rückblick auf die letzten Ereignisse. (Vortrag). 3) Was und Noth thut. (Vortrag). 4) Freigenandstimmung.

Der Vorstand.

L. K. H. Busch. Gr. Waffow.

schrittlich, wenn man die geringste Summe dafür veranschlagen will, zwanzig Silbergroschen für die Zutafeln zu ihrer Arbeit ausgegeben haben. Es sind somit allein in Berlin zehntausend Arbeitsstunden und 666⅔ Tblr. bare Auslagen an Aufertigung der verschiedenen zu wohltätigen Zwecken bestimmten Arbeiten für die Weihnachtslotterien und Bazar verwendet worden. So wie es nun bei unseren Frauen Mode ist, diese Sachen persönlich zu verfertigen, zu liefern und feil zu bieten, so legt ein ebenfalls eingewurzelter Gebrauch den Männern die Pflicht auf, Poese zu dieser Lotterie zu nehmen und die in den Bazar ausgestellten Arbeiten und Waaren zu kaufen. Natürlich gewinnen sie bei den Lotterien vielfach Gegenstände, welche sie nicht gebrauchen können und die Einkäufe in den Bazar pflegen nicht eben ersprießlich auszufallen. Nichts desto weniger ist das Kapital, das die Männer auf diese Poese und Einkäufe verwenden, durchaus nicht unerheblich. Es wird ohne alle Frage das von den Frauen für Arbeitsmaterial verwendete Geld um das Dreifache überschreiten. Rechnen wir aber so knap als möglich, und nehmen wir an, daß Männer und Frauen zusammen nur 2000 Tblr. verausgaben. Diese Summe wird zwar weit hinter der Wichtigkeit zurückbleiben, aber lassen Sie uns der Vorsicht wegen bei der bescheidensten Annahme, bei der Annahme stehen bleiben, daß wir für Berlin zehntausend Stunden und zweltauend Thaler baaren Geldes, zum Nutzen der Hilfbedürftigen oder um es gleich mit dem richtigen Worte zu bezeichnen, für die Volkserziehung zu verwenden haben. Verstellen wir den Zeitaufwand und den Geldaufwand auf die zwanzigstündig Wochen eines Jahres, bei denen man immer eine Ferienzeit mit in Anschlag bringen müßte, so haben wir wöchentlich mindestens zweihundert Stunden und vierzig Thaler zur Verfügung.

Was können wir mit den zweihundert Ruhestunden der mehr oder weniger gebildeten Frauen, die in mancherlei Kenntnissen und Wissen bewandert, in vielerlei Handarbeit geübt sind, was können wir mit vierzig Thalern wöchentlich für die Volkserziehung leisten? Vorangesetzt — daß einzelne Frauen dem Vergnügen entsagen, sich neben ihren Waaren gelegentlich selbst für einige Stunden in den Bazar zur Schau zu stellen, und daß die Anderen darauf verzichten die Ausstellungen zu besuchen in die man hinget, um zu sehen und gesehen zu werden, oder um sich mit der sogenannten vornehmen und schönen Welt, wenn auch nur in die allerflüchtigste und oberflächlichste Berührung zu bringen.

In zweihundert Stunden können, wenn jede Lehrende auch nur drei, vier Mädchen um sich verjammeln will, jedoch bis achthundert Unterrichtsstunden gegeben werden. Mit vierzig Thalern kann viel Bedarf für das Unterrichtsmaterial geschafft werden, und ohne daß die Gesamtheit der gebildeten Frauen irgend Etwas mehr leistet, als was sie seit langer Zeit geleistet hat, können im Laufe eines Jahres dreißig bis vierzigtausend Unterrichtsstunden, im Hähen, im Zeichnen, im Fertigen von Kleidungsstücken und in allen den Gegenständen erstellt werden, welche die wohlhabenden Frauen zu ihrem großen Nutzen erlernen haben und können und verstehen, und welche die armen ununterrichteten Frauen, denen solche Kenntnisse und Geschicklichkeiten noch viel nützlicher wären, nicht gelernt haben und nicht verstehen.

Meine Feier können mir sagen, ich hätte ihnen Nichts

und noch weit mehr schon vor zwei Jahren in den Osterbriefen an das Herz gelegt, und sie hätten dieselben auch gelesen.

Aber das ist ja eben! Was hilft das Gelesen haben, wenn Sie nicht an das Werk gehen? Nur in Magdeburg hat man, so weit ich es erfahren habe, Fortbildungsschulen für die Frauen des Volkes eingerichtet. Hier sehen und dieselben noch, und wir brauchen sie notwendig.

Ich habe keine Muße und bin nicht jung und nicht gesund genug, die Sache in die Hand zu nehmen. Ich kann Nichts thun, als nicht müde werden, Sie Andern, die Sie jünger, gesünder sind als ich, immer und immer wieder, bei jedem Feste und bei jedem Anlasse an Ihre Pflicht, an die Pflicht der Nächstenliebe zu erinnern und zu mahnen.

Und glauben Sie mir, Sie werden mehr, unendlich mehr Befriedigung davon ernten, wenn Sie arme Mädchen und arme Frauen unterrichten, wenn Sie mit einem schönen, edelen Gedanken Licht und Erhebung in die Seelen ihrer armen Mitgeschwestern bringen als irgend ein Concert, irgend eine sener Beschäftigung mit Musik und Malerei, mit denen Sie in meist sehr anfruchtbarem Dilettantismus für sich selber Befriedigung und Erhebung suchen. Ihnen je gewähren können. Wahre Freude liegt nur im fruchtbringenden, liebreichen Schaffen, im werththätigen Thun für Andere.

Es ist eine allgemeine Weihnachtsbescherung, die Sie gewähren können — Jede für sich in Ihrem Kreise und nach Ihrer Kraft und Fähigkeit; und wie in der Natur sich Jelle an Jelle unheimbar anschließt, bis sich ein vollständiger Organismus gebildet hat, so werden Sie eher, als Sie glauben, große Fortbildungsschulen für Frauen eröffnen können, wenn Jede von Ihnen nur anfangen will, in jeder Woche eine einzige Stunde lang ein paar Ununterrichtete, in was es immer sei, zu unterrichten. Hier trägt der Anfang die sichere Bürgschaft des Fortschreitens und des Wollendens in sich selbst. Anfangen! und das gleich!

## Sprechsaal.

Herr Redakteur! In Nr. 6. Ihres geschätzten Blattes haben Sie gesagt, daß die Regierung durch ihr Salomonopel dem Volke eine Abgabe von mehr als 6 Millionen Thaler auferlegt. Sie sagten dabei mit Recht, daß das Gemeinwohl im hohem Grade dadurch beeinträchtigt wird, wenn man eine Abgabe überhaupt durch ein Monopol und wenn man sie noch dazu von einem auch dem Aermsten unentbehrlichen Nahrungsmittel erhebt. Es scheint mir aber auch wünschenswert, daß es Jedem im Lande bekannt werde, daß durch diese Salzabgabe gerade der Arme und der minder Wohlhabende mit einem viel, sehr viel höheren Theile seines Einkommens besteuer wird, als der Wohlhabende und Reiche, und daß durch diese Vertheuerung des Salzes anheim Gewerbe und Landwirthschaft den empfindlichsten Schäden erliegen. Sollten Sie nicht Raum finden, auch diese Seite der Sache einmal gründlich zu beleuchten?

[Wir werden der Aufforderung unseres geehrten Korrespondenten sehr gern entsprechen und bereits in der nächsten Nummer einen Artikel über das Salomonopel bringen. Sollte unsere demnächstige Beleuchtung der Frage dem geehrten Korrespondenten auch noch nicht genügen, so stellen wir ihm anheim, selbst einen Artikel darüber zu verfassen und uns durch dessen Zusendung zu erfreuen. Die Redaktion.]

Beim Jahreswechsel sei zum gef. Abonnement bestens empfohlen das

# Sonntags-Blatt für Jedermann aus dem Volke.

Preis für die 13 Nummern des Quartals  
9 Sgr. oder für jede Wochennummer 9 Pf.

Begründet

von

**Otto Nupping.**

Erscheint jeden Sonntag in einem Bogen  
gr. 40 in elegantester Ausstattung.

Der neue Jahrgang wird **Erzählungen** von **Franz W. Ziegler**, **Wolfgang Müller** von **Königswinter**, **Marie von Koblenz** und anderen beliebten Schriftstellern bringen. Unter der Rubrik „**Aus der Zeit**“ werden sich den **Porträts** berühmter Männer, des **Volks**, **Bildern deutscher Bürgermeister** anschließen. Für die „**Wissenschaft für's Volk**“, das „**Album**“ und die „**Leben Blätter**“ liegen bereits eine große Menge schätzenswerther Beiträge vor, so daß wir im Stande sind, stets von dem **Besten** das **Beste** zu bringen.

Der äusserst billige Preis des Sonntagsblattes macht Jedem, auch dem Unbemitteltesten, das Abonnement möglich, und nehmen Bestellungen darauf alle Postämter und Buchhandlungen entgegen.

Mit dem 1. Januar 1865 beginnt ein neues Abonnement auf die in Berlin im Verlage von **Franz Duncker** erscheinende

## Volks-Zeitung

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Preis vierteljährlich bei allen Königl. Preuss. Post-Anstalten 25 Sgr., bei allen außerpreussischen Post-Anstalten 29 Sgr.

Nach dem Programme, welches sie am ersten Tage ihres Erscheinens aufgestellt, hat die Volks-Zeitung ununterbrochen durch die wechselnde Herrschaft der Parteien Tag für Tag, Blatt für Blatt gekämpft für das Recht des Volkes, für die getreue Beobachtung der beschworenen Verfassung. Sie hat das Ziel des Staates in dem Wille der Bürger beschreiben gefunden, aber sie sucht die Erreichung dieses Zieles nicht durch den Einfluß von oben her herbeizuführen, sondern sie will das Volk tüchtig machen, selbst an der dauernden Befestigung seines Rechtes und seines Wohlergehens zu arbeiten. In diesem Sinne bespricht das Blatt die politischen und die sozialen Fragen, in beiden hält sie an dem Grundsatz fest: „Hilf dir selbst!“ und die große Vertretung, welche die Zeitung gefunden, tiefste des Volkes ausdrückt. So hat die Volks-Zeitung gekämpft und in gleicher Weise wird sie den Kampf fortsetzen für das Recht und das Wohl des preussischen, die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes.

**Antündigungen aller Art** finden durch die Volks-Zeitung die weiteste Verbreitung und sei sie auch dazu gelegentlich empfohlen.

Täglich zweimal. — Vierteljährlich 1 Thlr.

Zum Abonnement auf die täglich zweimal erscheinende

## „Oder-Zeitung“

Organ der Fortschrittspartei,

(begründet von **Wilhelm Duncker**)

labet die Expedition ergeben ein. Die Zeitung hat in dem ersten Jahre ihres Bestehens sich einen großen Ruf erworben und ist über ganz Pommern und die benachbarten Provinzen verbreitet, ein glänzendes Resultat, das nur durch ihre **Gelegenheit** bei **beispielloser Billigkeit** zu erklären ist. Sie bringt **täglich einen Artikel**; das politische Material wird sorgfältig gesichtet und alles Wichtige durch **telegraphische Depeschen** zur Kenntnis der Leser gebracht. Ueber die politischen Vorgänge in **Berlin** und **Schleswig-Holstein** bringt das Blatt **Be-**

**richte eigener Korrespondenten.** Den Nachrichten aus **Stadt** und **Provinz** wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Ein beliebter **Zeitschrift** (speziell in **wöchentlichen Briefen** das **Berliner Leben**). In **Kourieren**, **Werkberichten** u. s. w. liefert die Zeitung alles, was für ein größeres Publikum von Interesse ist. **Inserate** werden die **billigste** **Partei** zu 1 Sgr. berechnet und finden die beste **Verbreitung**.

Stettin, im Dezember 1864.

Die Expedition der **Oder-Zeitung**.

## Berliner Reform.

Diese täglich in der Stärke von 1½ bis 2 Bogen erscheinende Zeitung, redigirt von **Dr. Guido Weiß**, vertritt auf politischem Gebiete die Grundsätze und Ansprüche der **Linken der Fortschrittspartei**, mit deren hervorragenden Persönlichkeiten sie in Beziehung steht. Auf **legalem Wege** wohnt sie den Erscheinungen zumal der **Arbeiterwelt** eine **ernte** **Arbeiterkassen** und **prüft** sie an dem **demokratischen** **Prinzip**, nicht vereinigenommen für oder wider irgend einen der **Stimmführer** des **Tages** in diesen Fragen. Sie bringt die **Neuigkeiten** des **In-** und **Auslandes** in der **Genauigkeit** und **Vollständigkeit**, wie es den günstigen lokalen Bedingungen eines **Berliner** **Blattes** entspricht. **Schicklich** **strebt** sie aber auch die **möglichste** **Reichhaltigkeit** der **Berliner Stadtmeldungen** selbst an und **steht** in dieser **Beziehung** unter den politischen Blättern der **Hauptstadt** mit in erster Reihe. Die **Entwickelung** des **wissenschaftlichen Lebens** und des **gewerblichen Fortschritts** verfolgt sie gewissenhaft und wird vom nächsten Quartale an die beiden **zuletzt** auch in größeren **Widern** zusammenfassen. Für die **Unterhaltung** sorgt, in der **Regel** **täglich**, ein **feuilleton**, das mit **Sorgfalt** ausensucht ist und auch auf die **Lehrerinnen** die **gebührende** **Rücksicht** nimmt. Das **Theater** der **berühmten** **Rubrik** für **Nachrichten** und **kritische** **Beichte**, die **Künste** und der **Panel** finden ihre **wichtigsten** **Ergebnisse** registriert, die **Berliner Hofnachrichten** und die **Kouriersdepeschen** sind **täglich** **vollständig** mitgeteilt. Der **Wang** **triergerischer** **Ergebnisse** wird, wie dies schon bisher wiederholt geschehen, auch **fernrechtlich** durch **Karten** und **Bildd**, die dem **Blatte** unentgeltlich beigestiftet werden, illustriert. Der **Preis** des **Blattes** entspricht den **Verbreitungsbedingungen**, die es im **Auge** **gefaßt** hat, er beträgt bei allen **Postanstalten** innerhalb des **Preuss.** **Staates** vierteljährlich 1 Thlr. 18 Sgr., innerhalb des **Deutscher** **Preussischer** **Postkreises** 1 Thlr. 18 Sgr.

Empfehlen zu gef. Abonnements auf das am 1. Januar 1865 beginnende neue Quartal.